

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen



1912. Nr. 129. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe

Sonnabend, 16. März 1912.

Die Wehrorlagen und ihre Deckung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Besprechung, die der Reichskanzler am Donnerstag mit den leitenden Staatsmännern der Bundesstaaten abgehalten hat, wurde einstimmig das grundsätzliche Einverständnis mit den Wehrorlagen ausgesprochen und die Notwendigkeit ihrer baldigen Durchführung anerkannt. Ferner bestand Einmütigkeit darüber, daß die geltenden Grundzüge für die Finanzgebarung des Reiches aufrecht zu erhalten seien, und daß daher die Deckung der neuen Kosten auch neue Einnahmen erfordert. Endlich war man allseitig einig darin, daß neue Steuern auf den Verbrauch und den Verkehr nicht vorgeschlagen werden. Die danach sich ergebenden Möglichkeiten wurden eingehend durchgesprochen und ein Plan einstimmig aufgestellt, der auf Grund der bereits vorbereiteten Unterlagen nunmehr seine endgültige Gestalt erhalten kann.

Weiter schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“: Das Problem der Deckungsfrage mußte von vornherein zu behandeln werden, daß die geltenden Grundzüge der Finanzgebarung des Reiches unberührt bleiben. Die strenge Durchführung dieser Grundzüge hat die Befürchtung der Reichsfinanzverwaltung zugeführt, daß die unumgängliche Konsolidierung guter Finanzwirtschaft. Demgemäß ergab sich bei der Höhe der für die Wehrorlagen erforderlichen Summen die Notwendigkeit, neue Einnahmen für das Reich zu erschließen. Hierbei hat erstensherweise auch bei der Besprechung des Reichskanzlers mit den bundesstaatlichen Ministern Einmütigkeit geherrscht.

Bei der Wahl der neuen Deckungsmittel mußte entscheidender Wert darauf gelegt werden, einen Hohen zu finden, auf den sich die Bundesregierungen womöglich einmütig stellen konnten. Die Geschäftsfähigkeit der Bundesregierungen bei der Einbringung der neuen Steuerentwürfe ist ein moralischer Faktor, der angesichts der Verklüftung, die durch die Finanzreform in unserm Volk hervorgerufen worden ist, von besonderer Bedeutung ist. Doch keine neue Belastung von Konsum und Verkehr in Aussicht zu nehmen war, stand von vornherein fest. Ebensonstige konnte aus bekannten Gründen nicht in Betracht kommen, eine Reichsvermögens- oder Reichs-einkommensteuer vorzuschlagen.

Die Wiederaufnahme der Erbschaftsteuer wurde abgelehnt, die sich aus der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstages ergeben. Die Stimmung der Parteien ist auch heute noch nicht von der Verbitterung der letzten Steuerkampfe so weit befreit, daß eine einseitige Aktion der bürgerlichen Parteien für die Wehrorlagen und ihre Deckung möglich erscheint, wenn die Erbschaftsteuer dabei herangezogen wird. Die Aufgabe der Regierung war es offenbar, nicht alle Möglichkeiten auf eine aufzureihen, sondern die Parteien bei der Lösung der vorliegenden nationalen Aufgabe zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen.

Zu erwägen war, ob sich eine auch den bisher differenzierenden Parteien annehmbare Modifizierung der Erbschaftsteuer finden ließe. Es konnte daran gedacht werden, der Erbschaftsteuer einen subsidiären Charakter zu geben und in Zusammenhang hiermit die Einzelstaaten mit gewissen Einschränkungen zu Trägern einer Besitzsteuer für das Reich zu machen, ein Weg, der sich aber nicht als gangbar erwies. Auch wäre man auf diesem Wege Gefahr gelaufen, den alten Streit zu verschärfen und doch kein positives Ergebnis zu erzielen.

Tagegen erschien es jetzt möglich, auf einem anderen Gebiete einen Gegenstand scharfer politischer Agitation aus dem Wege zu räumen, indem man die geltenden Mittel dadurch beschafft, daß man auch den Konsumzweckspizitius der vollen Verbrauchsabgabe unterwirft. Die Aussicht, hierzu auch die Zustimmung des Reichstages zu erhalten, erscheint um so größer, als die Aufhebung der vielbesprochenen „Riesebgabe“ die Annäherung der bürgerlichen Parteien sicherlich befördern würde.

Zugleich lassen sich auf diesem Wege die dringenden Bedürfnisse der jehigen Wehrorlagen befriedigen, ohne daß weitergehenden Wünschen wegen späterer qualitativer Verbesserung unseres Steuerstems vorgegriffen würde.

Die Bergarbeiterausstände.
In Deutschland.
Die Wirkung der Grenzabhebung des Militärs.
Von bergbaulicher Seite wird aus Essen mitgeteilt: Die gestrige Zusammenstellung der Streiklisten ergibt, daß

von 333 275 Arbeitern 145 314 angefahren sind. Gefehlt haben also 56,40 Prozent, während vorgefirt 58,20 Prozent streikten. Vergleicht man die Prozentzahl der Streikenden in den einzelnen Revieren mit den vorgefirtigen Zahlen, so zeigt sich, daß in den Revieren, in denen Militär zum Schutze der Arbeitswilligen herangezogen worden ist, die Zahl der Streikenden abgenommen hat. In Frage kommen die Reviere Ost- und West-Niederrhein, Dortmund I, II und III, dagegen hat in anderen Bezirken, in die kein Militär entsandt wurde, die Zahl der Streikenden nicht unerheblich zugenommen. Auffallend stark ist die Steigerung in den Revieren Hamm, um etwa 12 Prozent, Gattlingen, um etwa 10 Prozent, und Süd-Vohum, um 6½ Prozent.

Auf Schacht 6 der Grube „Svittell“ der Saar- und Hotel-Bergwerksgesellschaft sind von der gestrigen Früh- schicht von 900 Mann nur 200 eingetroffen. Schacht 2 streift vollständig. Auf Schacht 5, wo der Streik bereits vor einigen Tagen ausgebrochen war, sind gestern noch 120 Mann weniger als vorgefirt eingetroffen.

Die in Essen abgehaltene Konferenz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter stellte fest, daß von den Mitgliedern des Gewerkschaftsvereins lediglich einige Hundert streikten. Etwa 10 Prozent zeigten sich freiwillig, was jedoch ausschließlich in den Bezirken mit sozialdemokratischer Uebermacht der Fall ist.

Die Krawalle und ihre Niederdrückung.
Die vorgefirtigen Vorgänge an den Präsidentenschaubühnen gaben der Polizeiverwaltung Vohum zu einer härteren Bekämpfung der Streikenden und zu härteren Vorgehen Veranlassung. In verschiedenen Straßen, wo Junge Aufrechten schloffen, wurden starke Mannschaften mit Kolbenstücken, mit blauer Wäsche und Schußpatronen verteilt. Eine Person erhielt einen Schuß ins Bein. Sonst herrscht im Bezirk Ruhe. In Herne wohnte der Regierungspräsident der Aufsicht der Vergleute bei. Auffällig ist die große Beteiligung von Frauen an den Streikaktionen. Unter den vorgefirtigen verhafteten sieben Personen befanden sich vier Frauen.

Die neuesten Telegramme.
Bei Redaktionschluss wird uns noch gedruckt: Vohum, 15. März. Die Vorstände der drei Bergarbeiterverbände haben einen Aufruf erlassen, in dem sie die Streikenden und die ganze Bevölkerung auffordern, für die Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken, damit der Sicherheitsorganen und dem Militär kein Veranlassung zu blutigen Eingriffen geboten werde. Die von den Vorständen abgehaltene Konferenz sprach die Erwartung aus, daß die Sicherheitsorgane und das Militär beschonigt bleiben.
Düsseldorf, 15. März. Die Regierung hat die Ortsbehörden angewiesen, die Schutzeien so einzurichten, daß die Kinder zur Zeit des Schichtwechsels in den Schulen sind.
Essen (Muh), 15. März. Der Bergbauverein teilt mit: Bei der Nachschicht 15 519 Mann eintraten, es fuhren 9408 ein. Bei der Mittagschicht fuhren von 10 301 Mann 7112 ein.

In England.
Die Verhandlungen zwischen den Grubenbesitzern und den Vergleuten über den Kohlenstreik find gestern abgebrochen worden.
Eine amtliche Erklärung über die Streikkonferenz besagt: Asquith hat die Konferenz davon in Kenntnis gesetzt, daß die Regierung, da eine Einigung leider nicht erzielt ist, das Parlament um eine gesetzliche Maßnahme ersuchen werde, auf Grund deren den Arbeitsverträgen der unter Lage arbeitenden Vergleute ein vernünftiger Minimallohn eingeführt werden muß. Die Distriktsminister sollen durch vereinigte Ausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit einem unabhängigen und neutralen Vorkommenden an der Spitze lokal festgesetzt werden.

Der italienisch-türkische Krieg.
Italiens Friedensbedingungen.
Nach einer Mitteilung der „Agenzia Stefani“ empfangen gestern der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten, Marquis di San Giuliano, einzeln die Botenbotschaften von Frankreich, England, Deutschland und Österreich-Ungarn sowie den russischen Botschaftsrat und übergab ihnen ein Aide-memoire, das in Erwiderung auf den von ihnen am 9. d. M. unternommenen Schritt die Bedingungen enthält, unter denen Italien in eine Einstellung der Feindseligkeiten willigen würde.
Verhörtens am Kriegsausschuß.
Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Bengasi vom 14. März: Unter den am 12. März Gefangenen wurden drei türkische Offiziere und sieben Arbeiterbündlinge gefunden. — Gestern wurden Totenflecken zum Gedächtnis der gefallenen Italiener veranfaßt. Der Zustand der Verwundeten ist befriedigend. Fortwährend werden noch die Leichname ge-

fallener Feinde im Innern des Landes und in der Nachbarschaft der eroberten Oasen beerdigt.

Ein verlustreicher Kampf für die Italiener.
Der Kommandant der türkischen Streitkräfte bei Bengasi meldet dem Kriegsministerium in Konstantinopel, daß am 6. März eine türkische Abteilung aus den Befestigungen von Fojat ausrückte und die Italiener angriff, welche ihr Lager verließen. Die Italiener hatten ziemlich erhebliche Verluste, auf türkischer Seite waren zwei Verwundete. Die Türken erbeuteten u. a. viele Pferde und Kamele.

Deutsches Reich.
Das preussische Abgeordnetenhaus erledigte gestern den Etat der Zentralgenossenschaftsliste und begann dann mit der zweiten Lesung des Antikubelsats. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer.

Die Brüsseler Suderkonferenz. Das offizielle Communiqué, das nach Schluß der gestrigen Sitzung der Internationalen Zuderkonferenz in Brüssel herausgegeben wurde, stellt fest, daß im Laufe der gestrigen Verhandlung ein Einverständnis über alle wesentlichen Punkte erzielt und die Sitzung dazu benutzt worden sei, das Protokoll und den Zusatz zu der Konvention festzusetzen. Man hofft, das definitive Arrangement Sonntag oder Montag zeichnen zu können.

Das Disziplinarverfahren gegen Traub. In dem Disziplinarverfahren gegen den Warrer Eiz. Traub, Dortmund, wurde am Freitag abend nach vierstägiger Verhandlung das Urteil verkündet. Es lautet auf Straferlegung.

Deutscher Reichstag.
Sitzung vom 15. März 1912.

Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär Dr. Delbrück, Ministerialdirektor Caspar und Oberberghauptmann v. Welsen. Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Vom Präsidenten der italienischen Deputiertenkammer Marcora ist eine Dankbescheide eingetroffen, die in der Uebersetzung lautet: „Ich mache mich zum getreuen Dolmetscher der Gedanken der italienischen Deputiertenkammer, indem ich Ihnen hierdurch den lebhaftesten Dank für die herzliche Aufnahme des Reichstages anlässlich des gleichwürdigen Attentats auspredige, eine Aufnahme, die die gegenseitigen Gefühle der Sympathie zwischen den beiden Vätern von neuem bekräftigt.“ (Bravo!)
Vom dem Kriegsausschuß ist ein Schreiben eingegangen, in dem die vom Abg. Dr. Südekum in der Sitzung vom 12. März gemachten Ausführungen über die persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Vorstehenden der Militärprüfungskommission Generalmajor Sieger für unrichtig erklärt werden. Auch auf dessen Vorgänger, General der Artillerie Regier, trafen die Ausführungen Südekums in keiner Weise zu.
Abg. Dr. Südekum (zur Geschäftsordnung): Ich darf versichern, daß ich es sehr bedauern würde, wenn ich ein Opfer einer falschen Information oder einer Personenverwechslung geworden wäre. Ich werde die Feststellungen verlangen und bei späterer Gelegenheit, beim Militäratet, auf die Sache zurückkommen.

Zunächst wurde einem scheinigen Antrag auf Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Grafen v. Appersdorf (Wid-Zentrum) Folge gegeben.
Der Nachtragsetat für 1911 wurde definitiv angenommen, nachdem

Abg. Nunn (Wittich, Vag.) empfohlen hatte, bei der Anlegung der Nebenkapitalien dieser Anhalt die finanzielle Förderung des Bahnausbauwesens im Auge zu behalten und Geld nicht bloß auf erste Hypotheken auszugeben.
Sodann wurde die Besprechung der Interpellation betreffend den Bergarbeiterstreik fortgesetzt.

Abg. Göttsche (Kortfisch, Vgl.): Die gestrige Rede des Abg. Schiffer war weniger eine Begründung der Interpellation, als vielmehr ein Hilferuf an den Reichskanzler für den christlichen Bergarbeiterverband gegen den alten Verband. Wir wollen uns auf Parteigegensatz nicht einlassen. Es handelt sich für uns um die Frage des Einflusses der Arbeiter durch die Arbeitgeberorganisationen auf die Arbeitgeber. Alles ist teurer geworden, und auch die Wohlhabenderen empfinden es in ihrem Ausbalt recht heftig. Deshalb ist es durchaus verständlich, wenn in den Kreisen der Bergarbeiter angekreht wird, über die Konjunktur hinaus die Höhe auszuhebeln. Eine ganzparteiliche Untersuchung wäre sehr beizunehmen, wir haben doch einmal die Dezialrechnung. In dem Schlicht- und Überfundenwesen sind unbedingt Vereinfachungen nötig. Auch über die Forderung der Bergarbeiter nach einem parteilichen Schlichtgericht ließe sich wohl denken. Der gegenwärtige Streit ist zweifellos durch einen Kontraktbruch herbeigeführt worden, und das ist als Verwahrloßung, denn wir alle haben den Wunsch, daß der Arbeitsvertrag respektiert wird (Sehr richtig! links). Bei dem Verlust, eine Einigung zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu erzielen, ist die Regierung zu spät gekommen. Eine Vermittlung hätte von Organisation zu Organisation stattfinden müssen. Wir brauchen die Sicherung des Koalitionsergebnis und nach Ausschluß des Vorfalls den Verhandlungsprozess. Wir brauchen ein Arbeitsgericht. Auch wollen den Schutz der Arbeitswilligen, und eine Verhärterung des

